

«Völlig weltfremde Vorwürfe»

Telebasel-CEO Dominik Prétôt verteidigt den Online-Ausbau seines Senders

Von Jonas Hoskyn

BaZ: Herr Prétôt, warum wollen Sie die Medienvielfalt auf dem Platz Basel kaputtmachen?

Dominik Prétôt: Dieser Vorwurf ist völlig aus der Luft gegriffen. Alles, was wir bei Telebasel neu machen, ist, dass wir unsere Artikel nicht mehr einfach online in ein Archiv stellen, sondern als News aufbereiten. Beispielsweise mit einem kurzen Film, ergänzt mit weiteren News aus der Region und der Welt. Das sehe ich nicht als Gefährdung, sondern als Ergänzung zur bestehenden Medienlandschaft.

Das ist ein wenig untertrieben. Fakt ist: Seit einer Woche betreibt Telebasel ein eigenes Newsportal, finanziert von Geldern, welche das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) eigentlich für den Betrieb des Fernsehsenders zahlt.

Wir durften gemäss unserer Konzession schon immer unsere Beiträge online stellen, aber in beschränkter Masse. Es musste ein zeitlicher und inhaltlicher Zusammenhang bestehen. Wenn wir jetzt mehr machen, müssen wir ganz klar zeigen, dass wir dies nicht mit den Geldern des Bakom finanzieren, sondern die Mittel dafür müssen wir selber verdienen.

Christian Heeb, Chefredaktor von barfi.ch, hat beim Bakom eine Anzeige eingereicht, der sich auch die BaZ angeschlossen hat. Er verlangt, dass dieses das neue Telebasel sofort stoppt. Hat sich das Bakom schon bei Ihnen gemeldet?

Ja, wir stehen im Kontakt. Die Anzeige kam nicht besonders überraschend. Ich sehe es auch ein bisschen als Panikreaktion an, dass man nun unbedingt verhindern will, dass wir online gehen. Ich verstehe, dass die anderen Medien jetzt Respekt bekommen. Wir wollen die Diskussion auch nicht unterbinden. Die Art und Weise aber, wie jetzt Herr Heeb kommt und teilweise falsche Behauptungen in die Welt setzt, finde ich nicht okay. Zumal er vor ein paar Jahren mit seinem Radio Basel auch einfach die Konzession von Basel 1 übernommen hat und niemand hat Fragen gestellt. Die Wahrheit ist: Das Einzige, was die anderen Medien von uns wollen, ist, dass wir uns aus ihrem Kiez heraushalten.

Nein. Es geht um gleich lange Spiesse. Telebasel ist eine staatlich unterstützte Stiftung, die nun privaten Unternehmen den Markt kaputtmacht.

Da bin ich anderer Meinung. Das Bakom gibt uns Subventionen für regionale Fernsehnachrichten. Diesen Auftrag erfüllen wir. Alles, was wir zusätzlich machen, ist dem Bakom grundsätzlich egal. Ob wir mit unserem restlichen Geld noch 100 andere Sendungen oder eben ein Newsportal machen, ist für das Bakom nicht relevant. Uns wird vorgeworfen, dass wir



Siegessicher. Telebasel-CEO Dominik Prétôt versteht die Aufregung um sein neues Newsportal nicht. Foto Florian Bärtschiger

unser Angebot zugunsten von Online zusammenstreichen würden. Das machen wir aber nicht. Wir präsentieren das Ganze nur neu. Quantitativ senden wir vielleicht weniger. Qualitativ haben wir deutlich mehr Vielfalt in kürzerer Zeit.

Sie tun bei der ganzen Diskussion immer so, als wäre Telebasel ein privates Medienunternehmen, und das stimmt nicht.

Wir sind ein privates Medienunternehmen, das einen Zuschuss vom Staat erhält. Andere hoch kompetitive Medienunternehmen wie etwa die AZ Medien oder die NZZ Mediengruppe haben auch subventionierte Radio- und Fernsehprogramme.

«Wir erhalten vom Bund Subventionen für regionale News. Dies erfüllen wir noch immer.»

Doch nirgends ist der Anteil an Subventionen so hoch. Telebasel hat ein Budget von 8,4 Millionen Franken. Das Bakom beteiligt sich am Fernsehsender mit 2,6 Millionen. Das Geld wurde Ihnen zugesprochen unter der Annahme, es fliesse in einen Fernsehsender. Und jetzt finanziert der Bund plötzlich ein multimediales Unternehmen.

Es sind noch etwa 2,4 Millionen seit die Mehrwertsteuer auf die Billag

wegfällt. Wie gesagt: Wir erhalten das Geld für einen Leistungsauftrag und diesen erfüllen wir nach wie vor. Das ist mit dem Bakom so besprochen. Es ist sicher ein grosszügiger Batzen, wir machen dafür aber auch am meisten Fernsehen von allen subventionierten Regionalsendern.

Der «grosszügige Batzen» macht rund die Hälfte des Telebasel-Budgets aus. Wir sprechen von 30 Prozent.

Dazu kommen nochmals 20 Prozent Kabelnetzgebühren.

Das sind für mich keine Gebühren. Wir erhalten 1,6 Millionen Franken von UPC Cablecom als Miete. Das ist eine Abmachung zwischen uns und der Firma. Ob und wie diese den Betrag ihren Kunden weiterverrechnet, ist ihre Sache.

Auch diese Gelder sind laut Konzession fürs Fernsehen gedacht und werden nun für die Onlineplattform zweckentfremdet.

Wenn man sich die Budgets anschaut, ist dieser Vorwurf völlig weltfremd. Wir müssen ja weiterhin unsere Sendungen machen.

Doch parallel dazu betreiben Sie nun ein Newsportal mit Werbung. Etwas, das beispielsweise der SRG klar verboten ist. Warum sollten diese Regeln für Sie nicht gelten?

Weil wir anteilmässig viel weniger Subventionen erhalten. Bei der SRG sind rund 75 Prozent des Budgets Gebührengelder, bei uns nur 30 Pro-

zent. Man darf auch nicht vergessen, dass wir schon auf unserer früheren Website Werbung schalten durften – mit dem Segen des Bakom. Es kann doch nicht das Ziel sein, uns auf das Fernsehen zu beschränken, von dem alle wissen, dass es mittel- bis langfristig zu einem Auslaufmodell wird.

Dann müsste man doch zum Bakom gehen und sagen: «Lasst uns über eine neue, zeitgemässe Konzession sprechen», statt einfach vollendete Tatsachen zu schaffen.

Wir sind schon vor drei Jahren zum ersten Mal beim Bakom vorstellig geworden. Wir wussten, dass wir in ein paar Jahren nur noch eine marginale Rolle spielen werden, wenn wir uns nicht den neuen Sehgewohnheiten anpassen. Also müssen wir die Möglichkeit haben, im Web stärker zu werden. Deshalb hatte Telebasel auch ein etwas verstaubtes Image. Also haben wir dem Bakom einen Vorschlag gemacht.

Gibt es ein Okay vom Bakom für das neue Sendekonzept und das Online-Newsportal von Telebasel?

Das Bakom schaut sich das Ganze nun genau an. Es muss ja auch reagieren, wenn eine Anzeige vorliegt. Wichtig ist mir, nochmals klar festzuhalten: Wir stehen seit Längerem im Gespräch und haben die Neuerungen entgegen den Behauptungen von Herrn Heeb jeweils mit dem Bundesamt im Vorfeld besprochen.

Stadtjäger

Gege seinen Willen

Von Dominik Heitz

Er wurde nicht alt, aber er bewegte viel. Und er verstimmte viele. Isak Iselin, der Initiant und Mitgründer der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG), schrieb über sich selbst: «... Ich habe mich niemals hervorgehoben, mich weder im Politischen, noch im Literarischen jemals zu einer Partei geschlagen. Und so hab ich es am öftersten mit beiden verderbt ...»

Und als ihm mit 51 Jahren klar wurde, dass er nicht mehr lange zu leben haben würde, legte er grossen Wert darauf, dass sein Tod nicht von irgend einer Partei für deren eigene Interessen genutzt werden konnte. Die lokale Totenfeier sollte – so hielt er fest – den üblichen Rahmen eines Bürgerbegräbnisses nicht überschreiten. Iselin untersagte auch ausdrücklich – wie schon sein politisches Vorbild, sein Onkel Isak Burckhardt-Obrecht –, dass keine Leichenpredigt gedruckt werde. Und ebenso verbot er ein Epitaph im Münsterkreuzgang anzubringen, wie es ihm eigentlich in seiner Stellung zugestanden hätte.

Weniger als 100 Jahre nach Iselins Tod aber galten die Worte offensichtlich nichts mehr. Denn ein Unbekannter – vermutlich einer seiner Nachkommen – liess gegen Iselins ausdrücklichen Willen vor 1877 in einer deutschen Gieserei eine bronzene Grabplatte anfertigen und in den Boden des Münsterkreuzgangs einfügen. Auf ihr steht geschrieben:

Isaak Iselin
Rathsschreiber von Basel
Stifter der Gesellschaft
des Guten
und Gemeinnützigen
geb. den 7. März 1728
gest. den 15. Juli 1782.



Foto: Dominik Heitz

Frauenquote teilweise erfüllt

In neun von 26 Staats-Verwaltungsräten sitzen noch zu viele Männer

Von Urs Rist

Basel. Vor fast genau zwei Jahren haben die Stimmbürgerinnen und -bürger eine Geschlechterquote von mindestens je einem Drittel Frauen und Männer für staatsnahe Verwaltungsräte beschlossen. Mit 57,3 Prozent Ja-Stimmen wurde die Änderung des Einführungsgesetzes über die Gleichstellung von Mann und Frau gutgeheissen. Gegen den Grossratsbeschluss hatten die bürgerlichen Jungparteien das Referendum ergriffen.

Jetzt sind von den 121 Verwaltungsratsmandaten des Kantons Basel-Stadt 38 mit Frauen besetzt. Das ergibt einen Anteil von 31,4 Prozent, der noch 1,9 Prozentpunkte unter dem gesetzlichen Minimum von 33,33 Prozent liegt. Das zweite Monitoring zeigt die Umsetzung der Geschlechterquote auf den 1. Januar 2016 und wurde jetzt vom Präsidentsdepartement veröffentlicht. Ein Jahr zuvor lag der Frauenanteil erst bei 28,7 Prozent. «Ich bin sehr zuversichtlich, dass die neue Vorgabe in der

nächsten Legislaturperiode erreicht wird», wird Leila Straumann, Leiterin der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern, zitiert. In der Legislaturperiode 2017–2021 muss die Quote erfüllt sein.

Flughafen und Kraftwerke

Immerhin: In den zwölf Verwaltungsgremien, die der Kanton Basel-Stadt allein wählt, beträgt der Frauenanteil bereits 34,2 Prozent, die Quote ist also über das Ganze erfüllt. Eine Betrachtung der einzelnen Unternehmen zeigt aber, dass die Drittelsquote wohl in acht Gremien erreicht oder überschritten ist, in weiteren vier aber nicht. Dabei handelt es sich um den Bankrat der Basler Kantonalbank, den Verwaltungsrat der Basler Personenschiffahrt, den Verwaltungsrat der Industriellen Werke und das Kuratorium des Schweizerischen Tropen- und Public-Health-Instituts.

Der Bankrat der Basler Kantonalbank muss ohnehin aufgrund des im Dezember 2015 vom Grossen Rat

beschlossenen Gesetzes neu vom Regierungsrat gewählt werden, aber dagegen ist seither das Referendum ergriffen worden.

Bei den Verwaltungsgremien, die nur zum Teil vom Kanton Basel-Stadt bestellt werden, haben die von diesem gewählten Frauen erst einen Anteil von 26,7 Prozent. In sieben von zwölf dieser Gremien ist die Vorgabe bei den von Basel-Stadt gewählten Personen erfüllt. Weniger als ein Drittel Frauen aus Basel-Stadt sitzen in den Verwaltungsräten des Flughafens Basel-Mulhouse, der Hardwasser AG, der Kraftwerk Birsfelden AG, der Pro Rheno AG sowie in der Aufsichtskommission der Strafanstalt Bostadel. Diesem Gremium gehören aber insgesamt mehr als ein Drittel Frauen an. Völlig frauenlos ist die Kläranlagen-Gesellschaft Pro Rheno.

Andere Räte, bei denen genügend Vertreterinnen von Basel-Stadt sitzen, erreichen insgesamt die Quote nicht, so die Verwaltungsräte der MCH Group AG (Messe Schweiz) und der Pensions-

kasse Basel-Stadt sowie die Betriebskommission der Motorfahrzeugprüfung beider Basel. In solchen gemischten Gremien ist die Drittelsquote insgesamt zwar nicht Pflicht, aber der Regierungsrat soll sich dafür einsetzen, dass eine solche Zusammensetzung erreicht wird.

Zwei weitere Gremien, in denen Basel-Stadt die Mitglieder gemeinsam mit anderen Kantonen wählt, erfüllen aber die Quote, nämlich der Rat der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und der Verwaltungsrat des Universitäts-Kinderspitals beider Basel.

In Bezug auf die basel-städtischen Sitze besteht noch in neun von 26 Unternehmen Handlungsbedarf, Basel-Stadt muss dafür noch zwölf Frauen rekrutieren. Das beste Resultat im Sinn der Quote zeigen der Verwaltungsrat der Gebäudeversicherung mit 60 Prozent und der Verwaltungsrat der BVB mit 50 Prozent Frauen auf Basel-Städter Sitzen und der FHNW-Rat mit einer Geschlechterparität auf allen Sitzen.

Nachrichten

Basler Polizisten helfen an Fasnacht in Lörrach

Lörrach. Während des Guggenkonzerts am Samstag in Lörrach hatte die Polizei einiges zu tun. Die meisten Einsätze waren wegen betrunkenen und aggressiver Gäste notwendig. Unterstützt wurden die Lörracher Beamten dabei von Polizisten aus Basel; die Zusammenarbeit habe sich bewährt.

Tramchauffeur findet verletzte Frau

Basel. Am Samstagmorgen hat ein Tramchauffeur beim Claraplatz eine verletzte Fussgängerin aufgefunden. Weil sie noch nicht befragt werden konnte, sind die Hintergründe unklar, die Verletzungen deuten laut der Polizei auf einen Verkehrsunfall hin.